

Krisenmanagement und Krisenerfahrung. Die ungarische Parteiführung und die System- krisen 1953, 1956 und 1968

In Ungarn verbindet man das Jahr 1968 zumeist mit den Wirtschaftsreformen der kommunistischen Staatspartei.¹ Auch wenn sie diese später wieder zurücknehmen mußte, so können die Reformen als erster Schritt auf einem schwierigen, immer wieder von Rückschlägen unterbrochenen, über 1989 hinausgehenden Weg in Richtung Marktwirtschaft gedeutet werden.² Zugleich wirkte sich aber auch die Krise des sowjetischen Hegemonialsystems in Europa, die mit dem Einmarsch von Truppen des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei ihre systemlogische »Lösung« fand, auf die ungarische Parteidiktatur aus. Einerseits könnte man die Entscheidung Kádárs, Einheiten der Ungarischen Volksarmee in Marsch zu setzen, als unvermeidbare Folge seiner Zustimmung zur sowjetischen Niederschlagung des ungarischen Aufstands von 1956 werten, doch widersprach sie andererseits dem Konsens, den Kádár mit der ungarischen Gesellschaft anstrebte und zu dem auch die Wirtschaftsreformen beitragen sollten. Außerdem hatte das Ungarn des Jahres 1968 ein ganz anderes Gesicht als jenes, das die Weltöffentlichkeit im Herbst 1956 erblickte: Die Partei ließ in vielen Bereichen »kleine Freiheiten« zu, die zu einem deutlich verbesserten gesellschaftlichen Klima beitrugen. Die Diktatur hatte ihre Ideologie und ihre politischen Ziele, mehr noch, die Methoden, diese durchzusetzen, und die Mittel, diese zu kommunizieren, modifiziert und modernisiert. Anstelle stalinistischer Utopien eines »Neuen Menschen«, der notfalls mit Gewalt zu erschaffen sei, setzte sie nun auf eine »wissenschaftlich-technische Revolution«, welche die Gesellschaft beinahe zwangsläufig in eine »sozialistische Menschengemeinschaft« verwandeln würde. Die Propaganda wurde nüchterner und erste Erfolge der neuen Konzepte schienen auch den Optimismus und den teilweisen Verzicht auf Repressionen zu bestätigen.³

Zugleich hielt die Partei jedoch an allem fest, was ihre Alleinherrschaft und das Bündnis mit der Sowjetunion sicherte. Die neuen Möglichkeiten, namentlich die Reisefreiheiten und die Konsummöglichkeiten, wurden nicht nur von der Gesellschaft begrüßt und angenommen, sie wurden sogar mit einem gewissen Stolz betrachtet. Auf den nun visafreien Reisen in die »Bruderländer« bemerkten die Ungarn den höheren Lebensstandard im Vergleich zur Sowjetunion, zu Rumänien oder Bulgarien, oder aber die größeren politischen und kulturellen Freiheiten gegenüber der reicheren DDR.

Im Folgenden soll der Frage nachgegangen werden, wie die ungarische Parteiführung die Krisen des sowjetischen Hegemonialsystems zwischen 1953 und 1968 erlebte und bewältigte. Es soll aufgezeigt werden, wie die seit 1961 gewährten »kleinen Freiheiten« der modernisierten Diktatur und das Krisenmanagement 1968 mit den Erfahrungen von 1953 und besonders 1956 zusammenhängen. Dafür ist es notwendig, zunächst den Begriff der »Krise« zu definieren und zu erläutern.

1. Was ist eine »Krise«?

Ein kommunikationstheoretischer Vorschlag

Kommunikationstheoretisch können *Krisen* als Situationen verstanden werden, in denen die in Gesellschaften bisher gültigen Deutungen von Vergangenheit und Gegenwart und die damit zusammenhängenden Erwartungen an die Zukunft radikal in Frage gestellt werden und nach einem Prozeß des Aushandelns, der auch gewalttätiger Art sein kann, schließlich durch neue ersetzt werden.⁴ Sie sind im allgemeinen geprägt durch erweiterte Kontingenzspielräume und die Ausweitung und Verdichtung von medialer Kommunikation. Zuvor aus der öffentlichen Kommunikation ausgeschlossene Sinnproduzenten erhalten aufgrund der Krisensituation überraschend Zugang zu den Medien, wodurch sich das Spektrum an veröffentlichten Meinungen erweitert. In der Diktatur läuft das auf eine zeitweise Aussetzung bzw. Lockerung der Zensur hinaus, wie in Ungarn aufgrund von Orientierungsschwierigkeiten innerhalb der Partei nach 1953 geschehen.

Die zunehmende Tendenz zur Polarisierung der politischen Auseinandersetzung markiert das Umschlagen der quantitativen Veränderungen in qualitative. Bisher allgemein als gültig erachtete Deutungen der eigenen Gesellschaft, ihrer Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft werden nun zunehmend angezweifelt und durch neue, zuvor marginalisierte Deutungen herausgefordert. Es vermehren sich die angebotenen Meinungen und Perspektiven, ihre Verbreitung beschleunigt sich, die öffentliche Kommunikation gestaltet sich daher zunehmend komplex. Polarisierung reduziert die gestiegene Komplexität der Kommunikation, begrenzt am Ende der Krise wieder die Offenheit der Situation. Dabei kommen zumeist Feindbilder ins Spiel: Die öffentliche Kommunikation macht aus einer zuvor noch unübersichtlichen Situation mit vielen Unwägbarkeiten und unklaren Rollenverteilungen einen einfachen Gegensatz, einen Kampf »wir« gegen »sie«. In den kommunistischen Systemen, deren Propaganda ansonsten auf dem Gegensatz zum Kapitalismus bzw. zur vorkommunistischen Vergangenheit aufbaut, wird nun auf »bewährte«, in der Gesellschaft weit verbreitete, jederzeit abrufbare Feindbilder zurückgegriffen, die nicht unmittelbar auf die Ideologie der Partei zurückgehen müssen.⁵ Aufgrund der Zuspitzung der Botschaften und der damit erreichten extremen Reduzierung der Kontingenz können sich neue kommunikative Strukturen

herausbilden, welche eine einfache Interpretation der weiteren Entwicklung der Gesellschaft zulassen. Erst jetzt ist es wieder möglich, Vertrauen zu entwickeln, in eine wie auch immer geartete, aber nicht mehr völlig unvorhersehbare Zukunft zu investieren. In Gesellschaften, die nicht auf konsensuell bewältigte Fundamentalkonflikte in ihrer Vergangenheit zurückblicken können und daher keine durch Kompromißfähigkeit geprägte politische Kultur aufweisen, ist die Gefahr größer, daß solche tiefen Krisen durch Gewalt, durch Revolutionen oder Staatsstreiche »gelöst« werden. Die Konflikte werden dann nicht ausgetragen, sondern erstickt. Zudem müssen die besonderen Kommunikationsbedingungen von Regimen sowjetischen Typs berücksichtigt werden, die durch heimische Propaganda, ausländische Sender, Gerüchte und andere unsichere Nachrichtenquellen und Kommunikationskanäle geprägt sind.⁶

Unter »Krisenerfahrung« und »Krisenmanagement« sind folglich Kommunikationsstrategien der an entscheidender Position beteiligten Akteure zu verstehen, hier idealtypisch vereinfacht auf die Führungsgremien der sowjetischen und ungarischen Partei, ihre Wahrnehmung und Deutung der Systemkrisen von 1953, 1956 und 1968 und ihre daraus folgenden Reaktionen. Vor dem Hintergrund dieses vereinfachten Krisenmodells können die Unterschiede der Krisen und ihre jeweilige Bedeutung für die ungarische Parteilührung deutlicher gefaßt werden.

2. Die Krise 1953 und die trügerische Stabilität der ungarischen Diktatur

In Ungarn kam es 1953 nicht zu einem Aufstand wie am 17. Juni in der DDR. Auf der Suche nach Gründen hierfür können zunächst einige Unterschiede der Parteidiktaturen in beiden Ländern konstatiert werden. Seit 1948/49, dem ungarischen »Jahr der Wende«, war eine stalinistische Diktatur errichtet worden, die stärker als das Regime der SED dem sowjetischen Modell folgte: Anders als in der DDR, wo Anfang 1950 die sowjetischen Straflager aufgelöst wurden, baute die ungarische Staatssicherheit – ein wesentlich größerer Apparat als jener in der DDR – das Lagersystem weiter aus.

Nach 1951 entwickelten sich die Unterdrückungssysteme beider Länder dann in gegensätzliche Richtungen.⁷ Einen vergleichbaren Personenkult wie jenen, den Rákosi zwischen 1949 und 1952 als »Stalins treuester Schüler« inszenieren ließ, gab es im »ersten sozialistischen Staat auf deutschem Boden« aufgrund der nationalsozialistischen Vorgeschichte ebenfalls nicht.⁸ Schon während des Weltjugendtreffens, das im August 1949 in Budapest veranstaltet wurde, berücksichtigte die Agitprop-Abteilung der ungarischen Partei diese Besonderheit der SED: »Auf dem Volksfest, wo die verschiedenen Delegationen auftreten, werden überall die Führer der jeweiligen kommunistischen Parteien begeistert gefeiert, zuallererst Genosse Stalin und Gottwald, Dej, Bierut, Thorez, Togliatti.«⁹

Die am 20. August 1949 gegründete Volksrepublik Ungarn erschien auch in bezug auf die mit großem menschlichem Leid und Entbehrungen erkaufte Industrialisierungs- und Agrarpolitik »stalinistischer« als die industriell vergleichsweise weit fortgeschrittene SBZ/DDR. Auch die durch nationalistische und folkloristische Elemente angereicherte, auf verstärkte Sowjetisierung und teilweise auch Russifizierung ausgerichtete Propaganda bis hin zum nationalen Sportkult in Ungarn – im geteilten Deutschland kaum praktikierbar – kam dem Ursprungsmodell näher. Die Sowjetisierung ist ein Kennzeichen der stalinistischen Periode, wogegen die Kádárzeit durch einen deutlichen Rückgang der Sowjetisierungsbemühungen geprägt war. Während noch zwischen 1945 und 1959 über die Hälfte aller ins Ungarische übersetzten Bücher russischen bzw. sowjetischen Ursprungs waren, sank deren Anteil in der frühen Kádárzeit (1960–1974) auf nur noch ein Sechstel.¹⁰ Seinen Höhepunkt erlebte der ungarische Stalinismus, als sich Rákosi im August 1952 anlässlich seines 60. Geburtstag im ganzen Land feiern ließ, zu der Zeit, als er alle hohen Partei- und Staatsämter in seiner Hand vereinte: Generalsekretär der Partei, Ministerpräsident, Vorsitzender des Verteidigungskomitees, faktischer oberster Befehlsgeber der Staatssicherheit. Doch herrschte keineswegs Friedhofsruhe im Land: Wie die sowjetische Gesellschaft der dreißiger Jahre muß man sich auch die ungarische unter dem Stalinismus als eine Gesellschaft vorstellen, die durch alltägliche, oft gewaltsam ausgetragene Konflikte, Weigerungen, Widerstandshandlungen und Zusammenstöße geprägt und stark verunsichert war und sich gegen die Zumutungen einer allgegenwärtigen Politisierung auflehnte – die allerdings noch nicht zum gemeinsamen Handeln fähig war.¹¹

Der Tod Stalins, des »Freundes aller Völker« im März 1953 mußte sich zwangsläufig auf eine Parteiführung auswirken, die dem stalinistischen Modell maßstabsgetreu gefolgt war. Die nun in Moskau ausgetragenen Fraktions- und Führungskämpfe übertrugen sich auf die ungarische Partei noch stärker als auf die SED mit ihrer Sonderstellung im sowjetischen Hegemonialsystem. Am 16. Juni 1953, einen Tag bevor sich in Berlin und zahlreichen anderen Orten der DDR Menschen auf den Straßen versammelten und protestierten, kehrte eine hochrangige ungarische Parteidelegation aus Moskau zurück. Die Einberufung der ungarischen Parteispitze in den Kreml hing damit zusammen, daß Rákosi, der bereits im Mai mit den Grundzügen der neuen sowjetischen Politik (Versöhnung mit Jugoslawien, Entspannung gegenüber dem Westen, Stopp der radikalen Industrialisierungspolitik und der Vernachlässigung des Konsumsektors) vertraut gemacht worden war, im Unterschied zu Ulbricht wenig Neigung zeigte, die politische Kurskorrektur auch durchzuführen.¹² Möglicherweise ersparte das Abwarten Rákosis nach Stalins Tod den ungarischen Genossen ähnliche Szenen wie in der DDR, zumindest behielten sie die Kontrolle, und die sowjetischen Panzer konnten in den Kasernen bleiben. In Moskau wurden dem ungarischen Parteichef nun aber die »Fehler« der bisherigen Politik vorgehalten. Genau jene allzu getreue Nach-

ahmung des sowjetischen Modells, welche die sowjetische Führung von ihren Gefolgsleuten jahrelang eingefordert hatte, galt nun als »falsch«. Doch hatten die Sowjets nur den Rahmen vorgegeben, während sie die Durchführung den ungarischen Genossen überließen. Berija richtete seine Vorwürfe insbesondere gegen Rákosi. Dieser erinnerte sich später an die Forderung der sowjetischen Führung, daß das ungarische Zentralkomitee aussprechen solle, daß »Juden die Nichtjuden in der Partei unterdrückt« hätten, und daß dies »in Form einer Bekanntmachung dem ungarischen Volk mitgeteilt« werden solle.¹³ Der Unübersichtlichkeit der Situation, ausgelöst durch die Infragestellung des bisher gültigen, stalinistischen »Kurses« (der selbst schwankend genug war), sollte eine von der Partei gesteuerte polarisierende Kampagne entgegenwirken. Malenkov schlug Imre Nagy, einen Moskowiter, der im Unterschied zu Rákosi oder Gerő aus einer christlichen (kalvinistischen) Familie stammte, als neuen Ministerpräsidenten vor. Nagy war ähnlich wie Rákosi als russischer Kriegsgefangener im Ersten Weltkrieg Kommunist geworden und hatte sich bis 1945 überwiegend in der Sowjetunion aufgehalten.¹⁴ Als Agrarexperten traute man ihm die neue Politik, die den Agrar- und Konsumbereich stärken sollte, eher zu als den anderen Genossen. Es war allgemein bekannt, daß ihn Rákosi 1948/49 als Kritiker der Zwangskollektivierung zurückgestuft hatte. So konnte er der Öffentlichkeit als Gegner und »Opfer« des »falschen« Kurses, aber auch als treuer Parteisoldat präsentiert werden.

Zwei Wochen später beschloß das ZK in Budapest die von Moskau vorgegebenen Personal- und Richtungsänderungen. Doch anders als in Ostberlin kommunizierte die Parteiführung den politischen Schwenk stärker als Abkehr vom bisherigen Kurs: Bevor Rákosi seinen Rücktritt als Ministerpräsident bekanntgab, übte er öffentliche »Selbstkritik«. Seinem Beispiel folgten auch die zurückgetretenen Repräsentanten der bisherigen Kultur- und Verteidigungspolitik (Révai, Farkas), so daß Nagy nicht nur ein neues, revidiertes Programm, sondern auch neue Köpfe präsentieren konnte. Nach Miklós Molnár machten ihn »der warme, patriotische Ton und die ein wenig professorale, ein wenig provinzielle Redeweise [...] zum ersten volkstümlichen kommunistischen Politiker«.¹⁵ Mit anderen Worten: Es gelang der Partei mit der neuen Führungsfigur und besonders mit dem revidierten sozialistischen Programm, der durch Terror und Propaganda verunsicherten Gesellschaft zumindest ansatzweise Vertrauen und Hoffnung einzuflößen.¹⁶ Im Unterschied zur SED konnten die ungarischen Genossen verhindern, daß die durch die stalinistische Politik und den Tod Stalins ausgelöste Krise in einen Aufstand umschlug.¹⁷

Doch schon während der Beschlußfassung durch das ZK ermutigte die Nachricht von Berijas Verhaftung in Moskau Rákosi und seine Anhänger, ihre gerade verlorene Machtposition wieder zu stärken. Hierin zeigt sich, daß die allzu engen Verbindungen zwischen ungarischen und sowjetischen Parteiführern und den jeweiligen Fraktionen nicht gerade zu einer Stabilisierung der ungarischen Partei beitrugen. Des weiteren führte auch die Popularität von Imre Nagy bei gleichzeitig weiter bestehendem Machtanspruch Rákosis, der

seinen Posten als Generalsekretär behielt, zu einer nachhaltigen Verunsicherung innerhalb der Partei, die Außenstehenden nicht verborgen blieb.

Die Ära Nagy dauerte bis Ende März 1955. Die neue Wirtschafts- und Agrarpolitik sorgte für Entlastung und eine spürbare Verbesserung der Versorgung mit Konsumgütern. Im März 1954 wurde der verhaßte Chef der Staatssicherheit verhaftet und zu einer Gefängnisstrafe verurteilt, einige Opfer von Schauprozessen wurden rehabilitiert, die etwa 100 Internierungslager aufgelöst. Gelockert wurde die Zensur, und auch die kultische Huldigung von Rákosi und Stalin durch Künstler kam zum Erliegen. Doch alle Veränderungen blieben umkämpft und wurden von der stalinistischen Fraktion in der Partei nach Möglichkeit behindert. Nagy stützte sich vor allem auf die »Heimatkommunisten«, von denen einige, wie etwa János Kádár, zwischenzeitlich von Rákosi inhaftiert, nun wieder in der Partei aktiv waren. Ende 1954, Anfang 1955 verlor Nagy jedoch die Unterstützung, die er von einigen sowjetischen Parteiführern erhalten hatte. Chruschtschow warf Nagy bei einer Unterredung in Moskau im Januar 1955 vor, die Korrekturen übertrieben und neue »Fehler« begangen zu haben. Im März übernahm Rákosi die Initiative gegen die »Revisionisten«. Er ließ Nagy aus dem Politbüro ausschließen und erzwang dessen Rücktritt vom Amt des Ministerpräsidenten. Ende 1955 verlor dieser auch sein Parteibuch. Es folgten Re-Stalinisierungsschritte, insbesondere die Wiederaufnahme der Kollektivierung. Die Zahl der Inhaftierten, die zwischen 1952 und 1954 von 35 000 auf 23 000 gesunken war, stieg Ende 1955 auf 37 000 an.¹⁸

Mit der Aufnahme Westdeutschlands in die NATO (Oktober 1954) und der Gründung des Warschauer Paktes (Mai 1955) hatte sich das internationale Klima verschlechtert. Der Friedensvertrag mit Österreich im Mai und der daraus folgende Rückzug sowjetischer Truppen schürten dagegen trügerische Hoffnungen in Ungarn, ein ähnliches Arrangement wie der westliche Nachbar erreichen zu können. Denn die offizielle Begründung für die Stationierung von Einheiten der Roten Armee war die Sicherung der Nachschubwege nach Österreich gewesen. Im Dezember 1955 wurde Ungarn schließlich Mitglied der Vereinten Nationen. Zur gleichen Zeit gestand Chruschtschow Tito einen eigenen Weg zum Aufbau des Sozialismus zu. Der XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 schließlich ließ das Pendel wieder in Richtung Entstalinisierung ausschlagen. In Ungarn beteiligten sich daraufhin zahlreiche Intellektuelle erneut an Reformdiskussionen, diesmal allerdings in einem weniger engen Rahmen als 1953. Literaturzeitschriften, besonders die »Irodalmi Újság« (Literaturzeitung), nahmen ihre stalinismuskritischen Veröffentlichungen wieder auf. Die Parteiführung sah sich gezwungen, an einigen Stellen nachzugeben. Erneut kamen inhaftierte Parteigenossen frei. Das verschärfte die Konflikte innerhalb der Partei, allmählich bildeten sich zwei, wenn auch nicht leicht zu bestimmende Gruppierungen heraus, die der »Reformer« und jene der »Stalinisten«. Als am 28. Juni 1956 der Aufstand der Posener Arbeiter blutig unterdrückt wurde, ließ die sowjetische Führung einen eher eigenwilligen

Parteigenossen an die Macht: Władisław Gomułka, Symbol eines nationalen Kommunismus. Zur gleichen Zeit überbrachten 50 einflußreiche Parteimitglieder Imre Nagy ihre Geburtstagswünsche: Aus dem ehemals moskowitzischen Agrarexperten wurde erneut ein Träger diffuser Hoffnungen. Mitte Juli reagierte die sowjetische Führung mit der endgültigen Entmachtung Rákosis, der in die Sowjetunion geschickt wurde. Als neuen Ersten Sekretär der Partei setzte Moskau dessen langjährigen Gefährten Ernő Gerő ein, von dem die Bevölkerung ein Festhalten am Stalinismus erwartete. Diese Ereignisse trugen allesamt nicht zu einer Beruhigung der allgemeinen Stimmung bei. Die Reformkräfte konnten erste Erfolge erzielen, sie merkten, daß die Parteiführung unter Druck geriet und sich bewegen mußte. Die Stalinisten schienen auf dem Rückzug, aber sie waren nicht besiegt. In der DDR zögerten die Reformen. Sie warteten so lange ab, bis es zu spät war. Ulbricht und die SED konnten dieses Mal die Krise besser meistern.

Während die Versuche, die ökonomischen und sozialen Bedingungen im Rahmen des »Neuen Kurses« nach Stalins Tod zu verbessern, in den stärker industrialisierten Ländern DDR und Tschechoslowakei zu mehr Stabilität führten, galt für Polen und Ungarn das Gegenteil.¹⁹ Dort sprang der Funke der Unruhe aus dem Kreis der Parteimitglieder auf eine breitere Öffentlichkeit über. Damit konnte sich die Krise ausweiten: Mehr Teilnehmer am öffentlichen Rasonnement zogen mehr unterschiedliche Meinungen und erhöhte Kontingenz nach sich. Die Krise war dadurch wesentlich schwieriger zu bewältigen. In der DDR führten die Erfahrungen des Scheiterns vom 17. Juni und die Möglichkeiten, über Berlin in den Westen zu gelangen, zur Entschärfung der Situation, während im hermetisch geschlossenen Ungarn die Spannung zunahm.

3. »Oktoberrevolution« 1956:

Ende und Neuanfang der ungarischen Parteidiktatur

Die Auflösung der »Partei der Ungarischen Werktätigen« am Morgen des 31. Oktober 1956 war die Reaktion der damaligen Führung der Partei auf den eine Woche zuvor ausgebrochenen Aufstand.²⁰ Drei Tage zuvor hatte Imre Nagy diesen als »nationale« und »demokratische« Bewegung anerkannt. Daraus folgte die Implosion der Staatspartei, die damit ihr Machtmonopol aufgeben hatte.

Gerő und das Politbüro waren, bereits nach der Rückkehr von einer Jugoslawien-Reise, am 23. Oktober mit einer massiven Kampagne des neugegründeten, unabhängigen »Bundes der ungarischen Studenten und Hochschüler« (MEFESz, Magyar Egyetemisták és Főiskolások Szövetsége) konfrontiert worden, die Unterstützung in einem Leitartikel des zentralen Parteiorgans »Szabad Nép« gefunden hatte. Schon hier zeigen sich Erscheinungen, die für weit fortgeschrittene Staatskrisen und revolutionäre Situationen typisch sind: die Bildung neuer, bisher undenkbarer unabhängiger Verbände

und das »Umfallen« von bisher allein der Staatsmacht verpflichteten Funktionären. Nicht zufällig verwendete daher der Titel dieses Leitartikels eine Metapher, die revolutionäre nationale Traditionen evozierte: »Die Heerschau eines neuen *Frühlings*«. Das war ohne Zweifel eine Anspielung auf ungarische revolutionäre Traditionen: den März von 1848 oder jenen der Räterepublik von 1919. Sowohl einzelne Parteifunktionäre als auch die sich zu Wort meldenden Studenten und Intellektuellen forderten die Wiederaufnahme Imre Nagys in das Politbüro. Letzterer war erst kurz vor der Abreise der Delegation nach Jugoslawien, am 13. Oktober, wieder in die Partei aufgenommen worden.²¹ Nagy hatte, parallel zur Sitzung des Politbüros, mit Gefolgsleuten eine Lagebesprechung gehalten, um Ziele und Möglichkeiten zu ihrer Umsetzung in der aktuellen Situation zu definieren. Man gedachte angesichts der für die amtierende Parteiführung bedrohlichen Situation, »harte« Forderungen zu stellen, welche vor allem eine Ablösung Gerö's, des Verteidigungsministers, des Innenministers und weiterer Stalinisten beinhaltete. Im übrigen orientierte sich die Gruppe an den polnischen Veränderungen, sah also nicht etwa ein Mehrparteiensystem als Ziel an.²²

Im Politbüro herrschte zunächst die Meinung vor, daß man der geplanten Demonstration Herr werden könnte. Eine tiefe innerparteiliche Meinungsverschiedenheit war zwar noch nicht auszumachen, aber während der langjährige ideologische Vordenker der Partei, József Révai, die Gefahr einer Konterrevolution witterte, spielten andere die Bedrohung herunter und votierten darüber hinaus für eine Einbindung Nagys in die Führung.²³ Doch war mittlerweile klar geworden, daß die Demonstration nicht mehr zu verhindern war. Es stellte sich die Frage, wie die Sicherheitskräfte auf die Menschenmenge reagieren sollten. Sándor Kopácsi, der Budapester Polizeipräsident, schloß die Anwendung von Feuerwaffen gegen die Demonstranten aus. Als sich die Parteiführung unter dem Eindruck der gewaltigen Demonstration im Herzen Budapests dazu durchgerungen hatte, Imre Nagy zum Parlament kommen zu lassen, damit er die Menge beruhige, war damit noch keinerlei politische Aufgabe verbunden. Letztlich war Nagy ein einfaches Parteimitglied, und das auch erst wieder seit zehn Tagen. Doch sahen zahllose Demonstranten, aber auch zahlreiche unzufriedene Parteimitglieder und Funktionäre in ihm denjenigen, der Partei und Staat erneut in eine andere Richtung leiten könnte. Sicher spielte hierbei die Erinnerung an die relativ positive Aufnahme seiner ersten Parlamentsrede nach seiner Einsetzung zum Ministerpräsidenten am 4. Juli 1953 eine wichtige Rolle. Doch gerade die sich dahinter verbergende Hoffnung, Nagy könnte, wie schon drei Jahre zuvor, Ungarn vor Szenen bewahren, wie sie Ostberlin und die DDR erlebt hatten, trug zu einer mißverständlichen Deutung der Situation bei: 1956 befand sich Ungarn in einem ganz anderen Zustand als 1953. Nun nahmen größere Teile der Gesellschaft aktiv an den politischen Ereignissen teil, denn die Angst vor Repressionen hatte nachgelassen, auch weil sich die Partei nicht mehr als geschlossenes Machtbollwerk präsentierte.

Deutlich zeigte sich der Unterschied zwischen Sommer 1953 und Herbst 1956 schon bei der ersten Begegnung zwischen Nagy und den Hunderttausend, die auf dem Szabadság tér (Freiheitsplatz) vor dem Parlament versammelt waren. So soll Nagy mit der Anrede »Genossen« begonnen haben, worauf er ausgepfiffen wurde, um dann mit »Brüder/Schwestern« noch einmal anzusetzen.²⁴ Schon hier machte sich der sehr eingeschränkte Handlungsspielraum Nagys bemerkbar. Die Krise war bereits zu weit fortgeschritten, als daß sie durch einige Zugeständnisse hätte gemeistert werden können.²⁵ Auch innerhalb der Partei bestanden an diesem ersten Tag große Differenzen hinsichtlich der Bewertung der Demonstranten. Der Mißgriff von Nagy offenbarte vor allem die mangelnde Legitimation der Partei und entblößte ihre völlige Abhängigkeit von der Sowjetunion – in der Propagandasprache euphemistisch »Freundschaft« genannt.

In dieser Situation erschien auch Gerós Bitte nach militärischer Unterstützung durch die Rote Armee nicht gerade als Zeichen der Stärke, doch Chruschtschow lehnte dies zunächst ab. Erst die Meldungen des sowjetischen Verteidigungsministers Schukow aus Ungarn über die in seinen Augen bedrohliche Situation führten in der Nachtsitzung des ZK der KPdSU dazu, daß das Gremium annähernd geschlossen für eine militärische Intervention stimmte. Chruschtschow legte bei einem Treffen mit hochrangigen osteuropäischen Genossen am folgenden Tag augenscheinlich Wert darauf, ein formales Hilfsersuchen des ungarischen Ministerpräsidenten, damals noch der junge András Hegedüs, zu erhalten. Lediglich Mikojan, dessen Besuch in Budapest im Sommer letztlich zur Absetzung Rákosis geführt hatte, vertraute auf die Kontrolle der Situation durch die ungarische Regierung, wobei er die Einbindung Nagys in die Führung als Garanten für das Gelingen sah.²⁶ Doch das Präsidium des ZK der KPdSU war sich bewußt, daß Nagy kein ungarischer Gomulka war.²⁷ Auch wenn man nicht auf Nagy vertraute, so zeigte insbesondere Chruschtschow Mißfallen hinsichtlich des Krisenmanagements Gerós. Er verstand dessen längere Abwesenheit aus Ungarn in einer Situation, die nicht erst seit dem Begräbnis der sterblichen Überreste Laszlo Rajks am 6. Oktober als angespannt hätte empfunden werden müssen, schlichtweg nicht.²⁸ Schon am 12. Oktober hatte der sowjetische Botschafter in Budapest, Juri Andropow, in seiner Meldung über die Unterredung mit dem ungarischen Ministerpräsidenten auf dessen unangemessene Reaktionen auf die sich rapide verschlechternde ökonomische und politische Situation hingewiesen. Insbesondere wurde von Andropow das passive Verhalten der ungarischen Regierung und Parteiführung gegenüber den oppositionellen Bewegungen bemängelt und eine Rückkehr von Imre Nagy an die Spitze von Partei und Regierung für den Fall prognostiziert, daß politische Veränderungen ausblieben.²⁹ Auch die Sowjets hatten das Vertrauen in die ungarische Parteiführung verloren. Bereits seit dem Sommer gab es Pläne für ein militärisches Eingreifen in Ungarn.³⁰ Die von Geró übermittelte Entscheidung der sowjetischen Führung, in Ungarn militärisch zu intervenieren, wurde ohne weitere Wortmel-

dung zur Kenntnis genommen.³¹ Bedingt durch die Situation vor Ort und den enormen Zeitdruck konnte nur ein Teil des ungarischen ZK in der Nacht vom 23. zum 24. Oktober zusammentreffen. Zur eigentlichen Auswahl der neu zu besetzenden Gremien der Partei wurde ein Nominierungskomitee bestimmt. Als Imre Nagy in den Morgenstunden des 24. Oktober zum ungarischen Ministerpräsidenten auserkoren wurde, waren damit weitere Veränderungen in der personellen Zusammensetzung von Politbüro und ZK verbunden. Mit Ferenc Donáth, Géza Losonczy und György Lukács gelangten drei seiner Vertrauten in das ZK, wobei Donáth auch zum Sekretär ernannt wurde (zusammen mit Gyula Kállai und János Kádár, der seinen Posten behielt).³² Damit gehörten alle drei Sekretäre zu denjenigen, welche im Rahmen der innerparteilichen »Säuberung« Anfang der fünfziger Jahre verurteilt und ins Gefängnis gesperrt worden waren. 1954 hatte Nagy sie als Ministerpräsident rehabilitiert.

Die Parteiführung bildete außerdem einen »Stab« (stáb), ein »Militärisches Komitee« (Katonai Bizottság, KB), das die Zusammenarbeit zwischen sowjetischen und ungarischen Streitkräften sowie den politischen Entscheidungsträgern koordinieren sollte. Auch darin waren Funktionäre vertreten, die Nagy nahe standen, neben einigen Vertrauten von Gerő.³³ Der neue Ministerpräsident versuchte, mit einer Radioansprache auf die »Straße« Einfluß zu nehmen. So verkündete er mittags, daß diejenigen, die bis 14.00 Uhr ihre Waffen niederlegten, von standrechtlichen Verfahren ausgenommen würden. Dies widersprach dem nur wenige Stunden zuvor vom »Stab« verhängten Standrecht. Die kurz nach 14.00 Uhr nochmals verlängerte Frist verursachte insbesondere beim ungarischen Militär Ratlosigkeit.³⁴ Die militärische Führung der ungarischen Armee, die sich gerade in einer Phase der Umstrukturierung befand, war im Vorfeld des 23. Oktober ohnehin – analog zu der politischen Führung – kaum auf die sich zuspitzende Situation vorbereitet und hatte auch in ihren Reihen, wie z. B. in den Offiziersschulen, Sympathisanten der Reformbewegung.³⁵ Als sich die ZK-Sitzung in den frühen Morgenstunden auflöste, tat sie dies in der hoffnungsvollen Annahme, binnen der nächsten ein bis zwei Tage unter beruhigten Umständen wieder tagen zu können, um dann die eigentlich politischen Entscheidungen treffen zu können.³⁶

Doch die Ereignisse des folgenden Vormittags veränderten die Lage wesentlich. Durch die aus der Kontrolle geratene Situation vor dem Parlamentsgebäude, die mehr als 60 Tote forderte, bestand auch in den Augen des Politbüros Handlungsbedarf.³⁷ Während des Vormittags wurde im Beisein der inzwischen eingetroffenen sowjetischen Sondergesandten Mikojan und Suslow entschieden, Gerő als Ersten Sekretär des ZK durch Kádár zu ersetzen, ihn aber im Politbüro zu belassen, eine Entscheidung, die zwei der Anhänger Nagys zum Rücktritt veranlaßte (Donáth und Losonczy).

Überraschend für Mikojan und Suslow sprach Nagy am Nachmittag in seiner Radioansprache von Verhandlungen der ungarischen Regierung mit Vertretern der Sowjetunion über den Rückzug sowjetischer Truppen. Innerhalb

des ZK wuchs die Unsicherheit hinsichtlich des Vorgehens gegenüber den Demonstranten, so daß sie das »Militärische Komitee« um zwei Mitglieder mit Erfahrung im Partisanenkampf erweiterten und dem Gremium umfassende Vollmachten ausstellten. Doch Unstimmigkeiten zwischen Verteidigungsminister Bata und Generalstabschef Lajos Tóth über ein bewaffnetes Vorgehen ungarischer Truppen gegen Demonstranten bzw. eine eher abwartende Haltung ließen die ungarische Staatsmacht nicht als entschlossen erscheinen – weder gegenüber den Demonstranten noch gegenüber den Sowjets.³⁸ Die von Mikojan geäußerte Sorge, vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden, ist in Anbetracht der Radioansprache Nagys vom Vortage nachvollziehbar.³⁹

Die Rede vom 25. Oktober hatte die Aufständischen nicht beruhigen können. Aufgrund der weiterhin angespannten Situation beschloß das ZK, ein sechsköpfiges Gremium parallel zum Militärausschuß ins Leben zu rufen, das *Rendkívüli Bizottság* (»Außerordentliches Komitee« auch *Direktórium* genannt), das sich aus Kádár, Nagy, Hegedüs, Apró, Münnich und Szántó zusammensetzte; letzterer rückte für den eigentlich vorgesehenen, aber verzichtenden Gerő nach.⁴⁰ Die ständige Gründung von Ausschüssen ist als Zeichen der konzeptionellen Orientierungslosigkeit in der Partei anzusehen, die einige ZK-Mitglieder auch ansprachen: »Der größte Fehler ist, daß es keine Linie, kein ZK, kein Politbüro gibt. Vor einigen Monaten haben wir ein Politbüro eingerichtet, ich dachte, dann gibt es auch eine Linie. Leider hat sich meine Hoffnung nicht erfüllt. Es ist unmöglich, daß die Jugend in unseren Druckereien ihr Material herausgibt. Die Schriftsteller haben ein Programm, aber die Parteimitglieder haben keine Ahnung, was das Programm der Partei ist.«⁴¹

Es ist ein Kennzeichen einer Krise, daß die bisherige Macht ihre Linie verliert, während bisher von der Macht ausgeschlossene Gruppen ihre eigenen Programme der Öffentlichkeit bekannt machen. Das ZK der Partei und alle neu gegründeten Gremien und Organe waren gelähmt. Gerade die Frage, ob der Aufstand militärisch oder politisch beantwortet werden sollte, fand keine Entscheidung. Bezeichnenderweise gab es keine Einigung darüber, ob von »Konterrevolutionären« gesprochen werden sollte, wie es Gerő – und darin gefolgt von Nagy und Kádár – in seiner Radioansprache vom 23. Oktober tat, oder aber von einer »demokratischen Massenbewegung«, wie es Donáth und Losonczy nach ihrem Treffen mit einer Abordnung des Schriftstellerverbands und des Revolutionskomitees der Universität nannten.⁴² Kádár nahm seine klare Haltung am 28. Oktober wieder zurück. Er sagte, es handle sich nicht um Konterrevolution, aber »nationale Revolution können wir die Bewegung auch nicht so einfach nennen, denn das würde bedeuten, daß alle, die gegen uns sind, Revolutionäre sind, wir aber die Konterrevolutionäre.«⁴³

Die so hilflos wirkenden Sätze Kádárs, welcher der »Bewegung« die Legitimität nicht mehr absprechen mochte, obwohl dies zur Aufgabe des eigenen Legitimationsanspruches hätte führen können, machen deutlich, daß er sich der Existenzfrage des Systems bewußt wurde. Zusammen mit Nagy und mit Rückendeckung durch die Sowjets handelte er einen Rückzug der Roten Ar-

mee aus, um die Lage zu beruhigen. Inzwischen hatten sich die Studenten und Schriftsteller mit dem Gewerkschaftsbund über bestimmte Forderungen geeinigt. Mikojan schlug in der nächsten Sitzung des Politbüros vor, ein neues »Direktorium« als einziges, übergeordnetes Entscheidungsorgan zu bilden. Verhandlungen mit den Aufständischen sollten allerdings nicht direkt durch die Regierung, sondern unter Vermittlung des Gewerkschaftsbundes aufgenommen werden.⁴⁴

In Moskau, wo die beiden Sondergesandten dem dortigen ZK Bericht erstatten mußten, wurde Mikojan von Molotow, Woroschilow und Kaganowitsch scharf kritisiert.⁴⁵ Bulganin bemängelte die ambivalente Haltung der ungarischen Partei, namentlich die »Unentschlossenheit« Kádárs.⁴⁶ Auch Chruschtschow stimmte für die Bildung eines Komitees, das die Macht übernehmen sollte.⁴⁷

In Ungarn wurde inzwischen eine Waffenruhe verkündet und die Regierung zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammengerufen.⁴⁸ Danach sprach Nagy im Radio über die »nationale demokratische Bewegung«, vermied aber auf Kádárs Rat die Bezeichnung »Revolution«. Auch führte er aus, daß Konterrevolutionäre und Reaktionäre versucht hätten, diese Bewegung für sich zu nutzen, Schuld hätten jedoch die bis vor kurzem Regierenden.⁴⁹ Am Ende seiner Ansprache gab Nagy bekannt, daß die sowjetischen Streitkräfte aus Budapest abziehen würden, sobald sich die aus Kräften der alten ungarischen Armee, der Polizei und bewaffneten Gruppen von Arbeitern und der Jugend bestehende neue ungarische Armee in der Stadt formiert haben würde. Das Politbüro beschloß am gleichen Tag (28. Oktober) die Einsetzung eines sechsköpfigen »Präsidiums«, wie es Mikojan vorgeschlagen hatte. Doch war die Regierung in dieser Situation bereits vollständig darauf angewiesen, daß ihre Beschlüsse von den Aufständischen wie von den Sowjets akzeptiert werden würden. Das Kalkül der Partei, durch die Einbeziehung des Hoffnungsträgers Imre Nagy die »Massen« beruhigen zu können, ging nicht auf. Deutlich zeigte sich auch, wie schon am 17. Juni 1953 in der DDR, in welchem Maße die Aufrechterhaltung der Macht vom Eingreifen sowjetischer Truppen abhing. Die relative Stabilisierung der ungarischen Parteidiktatur durch die Einsetzung einer neuen, reformfreudigen Regierung stellte sich als Krisenmanagement heraus, das nun, in einer ganz anderen Situation, nicht mehr erfolgreich sein konnte. Nagy besaß auch keine eigene Machtbasis wie Gomulka. So gab Moskau unverzüglich Order, die militärische Präsenz in Ungarn und besonders in Budapest zu verstärken. Mit Kádár machten die sowjetischen Sondergesandten einen Funktionär zur zentralen Figur, der nicht im Moskauer Exil gewesen und darüber hinaus auch noch während der fünfziger Jahre der innerparteilichen Säuberungswelle zum Opfer gefallen war. Aber er galt – und das war in diesen Tagen der Gradmesser – als verlässlicher Parteipolitiker.

Während der ersten Tage des Aufstandes fand nicht nur kein innerparteilicher Dialog über die einzuschlagende politische Richtung statt, sondern es gab auch kaum Kontakte zu den Demonstranten. Da sich die Mehrheit der

Parteiführung bis zum 27. Oktober nicht mit den politischen Forderungen der verschiedenen Trägergruppen des Aufstandes befaßte, sondern sie insgesamt als Teil einer konterrevolutionären Bewegung ablehnte, konnte der Aufstand als rein militärisches Problem angegangen werden. Erst nach dem Abkommen zwischen Gewerkschaftsbund, Studenten- und Schriftstellerverband in der Nacht vom 27. zum 28. Oktober griff Nagy einige Forderungen der Aufständischen auf und legitimierte nachträglich die »nationale demokratische Bewegung«. Wie sich aber in den folgenden Tagen bis zum 31. Oktober zeigen sollte, hatte die Staatspartei keine Chance mehr, die Kontrolle über die Situation zurückzugewinnen. Die ohnehin schon in Teilen Ungarns in sich zusammengefallene Parteiorganisation konnte auch in Budapest nicht aufrechterhalten werden. Als Nagy am 30. Oktober das Ende des Einparteiensystems verkündete, war damit auch die Partei der Ungarischen Werktätigen in ihrer bisherigen Form überflüssig geworden. Die Entscheidungen wurden nun woanders getroffen: auf der Straße und letztendlich in Moskau.⁵⁰

Die Wiedergründung der Staatspartei und die Ersetzung des mit der stalinistischen Überwindung der Klassengesellschaft zusammenhängenden, diffusen Begriffes der »Werktätigen« (ungarisch: dolgozók, eigentlich: Arbeitende) durch den traditionellen Begriff »Arbeiter« (munkás) in ihrem Namen, verbunden mit dem ebenso traditionellen Wort »Sozialistisch« zur »Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei« bedeutete für Kádár den Ausweg aus der Krise. Das war die von den Sowjets geforderte – von ihnen selbst aufgrund ihrer Uneinigkeit aber unmöglich gemachte – klare Entscheidung, verbunden mit einer brutalen Abrechnung mit vermeintlichen »Verrätern«, der blutigen Unterdrückung jeglichen Widerstands bis zum Jahr 1958 und der Erzwingung unbedingten Gehorsams bis zur Überwindung der schwierigen innen- und außenpolitischen Situation. Mit dieser »Lösung« der Krise der ungarischen Parteidiktatur, die zugleich eine Krise des gesamten sowjetischen Hegemonialsystems war, verbanden sich zwei Fragen, die sich Kádár stellte: Wie kann die Diktatur wieder auf ihre grundsätzlichen Pfeiler – alleinregierende Staatspartei, Gewalt- und Meinungsmonopol im Hinblick auf die Legitimation des Staates, Weiterführung des gescheiterten sozialistischen Umerziehungsprojektes – gestellt werden? Und wie kann zugleich eine Abkehr vom Stalinismus – vereinfacht als »Personenkult« bezeichnet – und einigen seiner wichtigsten Repräsentanten und Methoden (Lagersystem, totale Ideologisierung und Politisierung des Alltags, totale Abschottung des Landes nach außen) öffentlichkeitswirksam durchgeführt werden?⁵¹

Zunächst kehrte Kádár zur dualistischen Zeitordnung des Stalinismus zurück, welche die Vergangenheit vor 1945 zur »Zeit der Unterdrückung«, die Jahre danach aber zur »Zeit der Befreiung« machte. Denn diese verband sich mit unterschiedlichen Bewertungsmaßstäben der verschiedenen »Zeitalter«. Nach diesen konnten die »Befreier« von 1945 im Jahr 1956 gar nicht Unterdrücker sein, sondern nur Retter der »Zukunft«, welche die Mächte der »Vergangenheit« umstürzen wollten.⁵² Der neue Machthaber formulierte dies an-

läßlich der Feiern zum Verfassungstag am 20. August 1959 folgendermaßen: »Die Macht ist heute die wichtigste Waffe des werktätigen Volkes, mit der es die Welt der Unterdrückung und der Entbehrung: die kapitalistische Vergangenheit endgültig vernichtet und für immer begräbt und das sozialistische Land der Freiheit und des Wohlstands zum vollkommenen, endgültigen Sieg führt. Die früheren Kapitalisten, die früheren Großgrundbesitzer, die Faschisten und die Revisionisten – unterstützt von ihren ausländischen Freunden und der ganzen internationalen Reaktion – schlugen 1956 gegen die Volksherrschaft los.«⁵³

Das Wort »begraben« kann hier wörtlich verstanden werden: Kádár hatte Imre Nagy, den er den »Kräften der Vergangenheit« zurechnete, ein Jahr zuvor (16. Juni 1958) hinrichten lassen. Seinen Leichnam verscharrte die Staatssicherheit in einer namenlosen Parzelle im Zentralfriedhof, ohne Grabstein oder Kreuz. So wurde die feierliche Wiederbestattung Imre Nagys 31 Jahre später zur bedeutendsten symbolischen Handlung der ungarischen Wendezeit: Die von Kádár und Rákosi vergrabene Vergangenheit kam wieder ans Tageslicht, die Ära ihrer Totengräber ging zu Ende. Kádár selbst starb kurz nach der Exhumierung Imre Nagys. Allein diese Ereignisse der Erinnerungskultur der zu Ende gehenden Volksrepublik machen deutlich, warum in der Wendezeit der DDR der 17. Juni 1953 so gut wie keine Rolle spielte: Im Gegensatz zu Ungarn fehlten hier die Identifikationsfiguren, die dem 17. Juni unauslöschbare Gesichter hätten geben können.⁵⁴

Die Wiedererrichtung der dualistischen Weltsicht in der Propaganda in den Monaten nach dem Aufstand durch klare Freund-Feind-Unterscheidung entspricht der Notwendigkeit, die erhöhte Kontingenz drastisch zu reduzieren, um so aus der Krise herauszukommen. Ein auf der Basis eines Konsenses und auf Interessenausgleich basierender Ausweg aus der Krise war aufgrund der schwierigen außenpolitischen Lage – gekennzeichnet durch die Haltung der Hegemonialmacht und ihrer Verbündeten (die Nachbarstaaten Tschechoslowakei, Rumänien und Jugoslawien beobachteten Ungarn auch wegen des Zweiten Weltkrieges mit Argwohn) und das Interesse der Westmächte am Erhalt des Weltfriedens – kaum möglich. Aber nach Wiederherstellung der innen- und außenpolitischen Ordnung stellte sich weiter das Problem des innergesellschaftlichen Konsenses, den Kádár durch gewisse Zugeständnisse erreichen wollte, der aber vor allem der Festigung der Diktatur dienen sollte.

4. Kádárs Kompromiß von 1968: Wirtschaftsreformen und Militärintervention

Seit den frühen sechziger Jahren beschritt die wiedererstandene Staatspartei unter Kádár einen Weg der »Befriedung« der Gesellschaft. Dies führte zum einen 1962 zum Ausschluß von Rákosi, Gerő und anderen Stalinisten aus der Partei und zum anderen zu einer weitgehenden Amnestie der im Zusammen-

hang mit dem Aufstand von 1956 Verurteilten. Außerdem verfolgte die Parteiführung einen wirtschaftlichen Reformkurs, der 1966 in den von Rezső Nyers ausgearbeiteten *Neuen Ökonomischen Mechanismus* mündete (eingeführt zum 1. Januar 1968) und auf die Mitarbeit parteiloser Fachleute setzte. Ab 1967 bestand schließlich auch die Möglichkeit, bei den als Legitimationsritual inszenierten Parlamentswahlen zwischen verschiedenen Kandidaten der Patriotischen Volksfront entscheiden zu können.⁵⁵

Basierend auf ähnlichen wirtschaftspolitischen Vorstellungen zeigten die ersten Treffen zwischen Kádár und Dubček als neuem Kopf der KPČ im Januar und Februar 1968 eine große Übereinstimmung. Ein Verbündeter in einem »Bruderland« konnte die Akzeptanz von Reformen an der Spitze der KPdSU möglicherweise befördern. Breschnew nutzte im Frühling Kádár zudem als Kontaktperson zu Dubček. Der Kreml meinte allerdings schon damals, Parallelen zwischen der Situation in der Tschechoslowakei 1968 und jener von 1956 in Ungarn erkennen zu können. Kádár konnte als »Krisenexperte« gelten, hatte er sich doch durch seine Entschlossenheit Ende Oktober 1956, als er sich in der bereits eskalierten Situation von Nagy lossagte, in den Augen der sowjetischen Staatsführung bewährt. Zudem fürchtete Kádár, der mittlerweile als Reformler angesehen wurde, daß sein politisches Programm unter Druck geraten könnte, sollte es wegen der tschechoslowakischen Entwicklung zu Schwierigkeiten im sowjetischen Machtbereich kommen.⁵⁶

Vor diesem Hintergrund fand am 23./24. März in Dresden ein Treffen der Parteiführer des Warschauer Paktes statt. Die Anwesenden Breschnew, Gomułka und Ulbricht attackierten Dubček hart und verglichen die Lage mit jener in Polen und Ungarn im Jahr 1956. Zwar kritisierte auch Kádár die neue tschechoslowakische Führung scharf, doch meinte er, von »Konterrevolution« könne in der Tschechoslowakei keine Rede sein. Er warnte zum einen vor einem tschechoslowakischen Imre Nagy, der selbst nichts Schlimmes gewollt, aber die Logik der Lage völlig falsch eingeschätzt habe. Zum anderen gab Kádár als einziger der am Treffen beteiligten Parteiführer seiner Befürchtung Ausdruck, daß auch stalinistische Kräfte die Situation in der Tschechoslowakei nutzen könnten.⁵⁷ In seinen abwägenden Bemerkungen spiegelten sich Kádárs Einschätzungen seiner Erfahrungen vom Herbst 1956 wider. Danach hatte nicht allein die mangelnde Kontrolle durch die Partei die Krise verschärft, sondern auch das Festhalten an stalinistischen Politikern wie Gerő. Dadurch erst war in seinen Augen die militärische Niederschlagung des Aufstandes mit allen ihren Konsequenzen notwendig geworden.

Obwohl Kádár noch im April gegenüber Breschnew gemeint hatte, daß eine Verbesserung der schwierigen Situation in der Tschechoslowakei nicht ohne die Einbeziehung Dubčeks erfolgen könnte, nahm er an einem Treffen am 8. Mai ohne diesen teil. Dort wies er darauf hin, daß die Fehler eher in der Vergangenheit zu suchen seien als bei Dubček. Er lehnte – mit dem Hinweis auf 1956 – eine militärische Lösung ab und forderte eine politische, da eine Einmischung von außen den Oppositionellen in der Tschechoslowakei nützen könnte.⁵⁸

Als die Partei- und Regierungsdelegation aus der Tschechoslowakei aber Mitte Juni in Budapest eintraf, erschien in einer tschechischen Literaturzeitschrift kurz vor dem 10. Jahrestag der Hinrichtung von Imre Nagy ein Artikel, in dem dessen politische Entscheidungen als Vorbild für den ›Sozialismus mit menschlichem Antlitz‹ charakterisiert wurden. Nur wenige Tage später meinte Kádár vor dem ZK, daß, falls konterrevolutionäre Kräfte die Oberhand gewännen, eine Intervention durch die Warschauer-Pakt-Staaten in der Tschechoslowakei notwendig werden würde. Die Erinnerung an Imre Nagy wirkte auf ihn wie ein rotes Tuch. Für den ungarischen Parteiführer schien damit die Grenze des Sagbaren in der Öffentlichkeit überschritten. Die Aufhebung der Zensur in der Tschechoslowakei hatte somit nach wenigen Monaten den einzigen »Bundesgenossen« Dubčeks im Warschauer Pakt offensichtlich verprellt, das bald darauf publizierte Manifest der »2000 Worte« stellte auch in den Augen Kádárs ein »konterrevolutionäres Programm« dar.⁵⁹

Im Vorfeld des Warschauer-Pakt-Treffens am 14. und 15. Juli gab das Parteipräsidium der KPC zu verstehen, daß es nicht zu dem Kollektivtreffen der Parteiführungen zu kommen gedenke, sondern bilaterale Gespräche bevorzuge. Noch am 13. Juli legten Kádár und Fock Dubček und Černík bei einem Treffen in der Grenzstadt Komárno dar, daß bilaterale Gespräche mit den verschiedenen Parteiführern der Warschauer-Pakt-Staaten keinen Ertrag brächten, da es ohnehin nur auf die Sowjetunion ankäme. Kádár, der als einziger Verständnis für die aktuelle tschechoslowakische Führung gezeigt hatte, geriet bei dem Warschauer Treffen aufgrund seines kurzfristigen Zusammenkommens mit Dubček selbst unter Druck. Insbesondere Ulbricht stellte Ungarn als das nächste Opfer der Konterrevolution dar. Derartig isoliert unter seinen Kollegen, stimmte Kádár der von Breschnew vorgetragenen Position zu, die eine Intervention durch die Warschauer Pakt-Staaten im Prinzip ermöglichte.⁶⁰ Nur zwei Tage vorher hatte das Politbüro der ungarischen Partei noch einstimmig vereinbart, daß Kádár und Fock beim Warschauer Treffen keine militärische Lösung für die Tschechoslowakei unterstützen sollten. Doch nicht zum ersten Mal in diesen Monaten traf Kádár unbeeinflusst von den politischen Gremien seine Entscheidung: zwei Wochen zuvor war ein »Mißverständnis« aufgetreten, weil Kádár in Moskau Ende Juni/Anfang Juli anscheinend einem großen Manöver unter Beteiligung der ungarischen Armee als Vorbereitung auf die militärische Intervention zugestimmt hatte – allerdings ohne dies seinem Verteidigungsminister mitzuteilen.⁶¹

Am 3. und 4. August trafen sich die Führer der Warschauer-Pakt-Staaten in Bratislava. Hier gab Kádár Dubček und Mlýnař klar zu verstehen, daß die Gewalt »von außen« kommen würde, wenn die tschechoslowakische KP nicht selbst der Lage Herr werde. Nicht zufällig wies er dabei auf seine eigenen Erfahrungen von 1956 hin, als er nach der sowjetischen Intervention die Macht übernommen hatte.⁶² Zu diesem Zeitpunkt jedoch waren bereits alle ungarischen Sicherheitskräfte auf den Einmarsch vorbereitet worden und hatten detaillierte Anweisungen erhalten, wie während der Intervention zu verfahren

sei.⁶³ Trotzdem sollte Kádár auf ausdrücklichen Wunsch Breschnews noch einmal ein Gespräch mit Dubček führen, um eine militärische Lösung abzuwenden. Doch das Treffen am 17. August in Komárno endete ohne Ergebnis. Am 20. August stimmte das Politbüro der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei fast zeitgleich mit Beginn der Operation einer Beteiligung ungarischer Truppen zu. Vor dem Politbüro machte Kádár, ebenso wie noch einmal am 23. August vor dem ZK und dem Ministerrat deutlich, daß er die sowjetische Beurteilung der Lage in der Tschechoslowakei nicht vollständig teilte. Erneut verglich er die aktuelle Situation mit der von 1956, allerdings mit jener im damaligen Polen und nicht in Ungarn. An der Intervention freilich änderte seine Einschätzung nichts.⁶⁴

Die Erfahrung von 1956 blieb bei den Entscheidungen Kádárs – und wohl auch anderer führender Politiker des Ostblocks im Sommer 1968 – der wesentliche Bezugspunkt. Für ihn war die sowjetische Intervention 1956 in der Rückbetrachtung aber nur eine ultima ratio, die notwendig geworden war, da keine politische Lösung gefunden werden konnte. Daß Kádár aber seine Meinung über die tschechoslowakische Führung änderte, kann nicht nur auf den Druck von Hardlinern wie Ulbricht zurückgeführt werden. Er stimmte auch deswegen für die Intervention und entsandte eigene Truppen, weil er hoffte, damit die eigene Reformpolitik retten zu können. Zudem gab es auch in Kádárs Sichtweise eine Grenze für Veränderungen im System: Nagy hatte diese 1956 überschritten, Dubček 1968.

1 Die Partei trug bis zum Zusammenschluß mit den Sozialdemokraten im Sommer 1948 den Namen »Ungarische Kommunistische Partei« (Magyar Kommunista Párt), von da an bis Ende Oktober 1956 hieß sie »Magyar Dolgozók Pártja« (Partei der Ungarischen Werktätigen), bevor sie unter Kádár und Nagy am 1. November 1956 in MSZMP (Magyar Szocialista Munkáspárt – Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei) umbenannt wurde – nach der Niederschlagung des Aufstandes blieb der neue Name der Partei erhalten. 1989 spaltete sich die Partei in die (seit 2002 regierende) Ungarische Sozialistische Partei und in die kleinere, heute unbedeutende »Arbeiterpartei«. Der Einfachheit halber und da es in bezug auf die Verbindung zur Sowjetunion, deren wichtigster ungarischer Ansprechpartner die Partei jeweils war, eine Kontinuität gibt, sprechen wir im folgenden von der Staatspartei; falls erforderlich, wird der jeweils aktuelle Namen verwandt.

2 Differenzierter: Iván Pető/Sándor Szakács, *A hazai gazdaság négy évtizedének története 1945–85*, 2 Bde., Budapest 1985; Ivan T. Berend, *The Hungarian Economic Reforms 1953–1988*, Cambridge 1990.

3 Eine scharfe Analyse der veränderten Propaganda bietet: Melinda Kalmár, *Ennivaló és hozomány. A kora kádárizmus ideológiája*, Budapest 1998.

4 Kurt Imhof, *Intersubjektivität und Moderne*, in: ders./Gaetano Romano, *Die Diskontinuität der Moderne: zur Theorie des sozialen Wandels*, Frankfurt am Main 1996, S. 200–292, bes. S. 271–278.

5 Als Beispiel kann die Inszenierung des Antisemitismus in der polnischen Krise 1956 angeführt werden: »Die Juden« sollten auf einmal schuld am Stalinismus sein, denn die Sowjets konnte man angesichts der Machtverhältnisse nicht angreifen. Rein kommunikationstheoretisch betrachtet, war dies auch nicht notwendig, es geht in der Krise zunächst um die Vereinfachung der Kommunikation durch die Einteilung der Akteure in scheinbar unversöhnliche »Lager« und um die Inszenierung eines »letzten Gefechtes« zwischen diesen, tertium non datur.

- 6 Gábor T. Rittersporn/Malte Rolf/Jan Behrends (Hg.), Sphären von Öffentlichkeit in Gesellschaften sowjetischen Typs/Public Spheres in Soviet-Type Societies, Frankfurt a.M. u. a. 2003.
- 7 Während die SED den Überwachungsapparat der DDR zwischen 1949 und 1989 kontinuierlich ausbaute, wurde er in Ungarn nach und nach reduziert: Anfang der fünfziger Jahre wurden noch 1,5 Millionen Menschen, d. h. 15 Prozent der Gesamtbevölkerung, von der Staatssicherheit überwacht. Diese Zahl verminderte sich bis 1960 auf 600 000 und bis 1988 auf 168 000. In dem letztgenannten Jahr zählte Amnesty International nur noch 50 politische Gefangene in Ungarn. Zahlen zum Terror in Ungarn: Amnesty International (ai), Jahresberichte, Frankfurt a.M. 1986, 1988, 1990; Georg Brunner (Hg.), Ungarn auf dem Weg der Demokratie, Bonn 1993; Magyarország politikai évkönyve 1988, Debrecen 1989; Attila Schauschitz, Vergangenheitsbewältigung in Ungarn, in: Helmut König/Michael Kohlstruck/Andreas Wöll (Hg.), Vergangenheitsbewältigung am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts, Leviathan SH 18/1998, S. 233–260.
- 8 Auch wenn Oelßner dies im Sommer 1953 Ulbricht vorwarf. Vgl. Karl Schirdewan, Aufstand gegen Ulbricht. Berlin 1994, S. 90. Zum stalinistischen Personenkult in Ungarn vgl. die Beiträge in: Balázs Apor u. a. (Hg.), Stalin and the Lesser Gods. The Leader Cult in Communist Dictatorships in Comparative Perspective (1928–1961), Oxford 2004.
- 9 Zit. nach: Magyar Országos Levéltár [i. f. MOL] 95 f. 3. cs. 239 ö. e., Bl. 66–67 Nagy Budapest Párt Bizottság. Propaganda Osztály Augusztus 20-i rendezvények kiértékelése.
- 10 Zwischen 1945 und 1959 machten die russischsprachigen Werke 7603 von insgesamt 13 616 Übersetzungen aus, während es zwischen 1960 und 1974 nur noch 4909 von insgesamt 29 980 übersetzten Werken waren und zugleich englische, französische und deutsche Titel zunahmen. Auflagenhöhen der russischsprachigen Übersetzungen insgesamt: ca. 76 000 von insgesamt ca. 145 000 (1945–59) und ca. 56 000 von insgesamt ca. 300 000 (1960–74). Zahlen nach: Alajosné Varga, A magyar könyvkiadás 30 éve. 1945–1974, o. O. 1975, S. 119–124.
- 11 Diesem Phänomen begegnet man beinahe in allen Quellen der Zeit. Darin drückt sich die Politisierung jeglicher eigenständiger Handlung im Stalinismus aus. Vgl. Árpád v. Klimó, Nonnen und Tschekistinnen. Vorstellungen der ungarischen Staatssicherheit von einer katholischen Gegenöffentlichkeit in den frühen fünfziger Jahren, in: Rittersporn/Rolf/Behrends (Hg.), Sphären von Öffentlichkeit, S. 307–334. Zum theoretischen Problem von »Widerstand« im Stalinismus: Viola Lynne, Contending with Stalinism: Soviet Power and Popular Resistance in the 1930s, New York 2002.
- 12 So Ignác Romsics, Magyarország története a XX. században, Budapest 1999, S. 375.
- 13 Mátyás Rákosi, Visszaemlékezések 1940–56, Bd. II, hrsg. v. István Feitl, Budapest 1997, S. 917.
- 14 Sein Vater arbeitete für den obersten Provinzbeamten, die Mutter als Hausangestellte. Nach 1945 hieß es natürlich, Nagy entstamme einer »armen Bauernfamilie«. So auch noch das von der Akademie herausgegebene MFL II, 1969, S. 268 f., Nagy, Imre (1896–1958); grundlegend: János M. Rainer, Nagy Imre. Politikai életrajz, Bd. I: 1896–1953, Budapest 1996.
- 15 Miklós Molnár, Geschichte Ungarns, Hamburg 1999, S. 425.
- 16 Besonders unter der ländlichen Bevölkerung scheint der »Sturz« von Rákosi geradezu Begeisterung ausgelöst zu haben. Aber auch von Arbeitern und Akademikern sind Berichte über eine sehr positive Aufnahme von Nagys Parlamentsrede am 4. Juli 1953 bekannt. Vgl. Romsics, Magyarország, S. 376.
- 17 János M. Rainer, Ungarn 1953–1956: Die Krise und die Versuche ihrer Bewältigung, in: András B. Hegedűs/Manfred Wilke (Hg.), Satelliten nach Stalins Tod. Der »Neue Kurs«, 17. Juni 1953 in der DDR, Ungarische Revolution 1956, Berlin 2000, S. 137–217.
- 18 Zahlen nach Romsics, Magyarország, S. 381.
- 19 Jan Foltzík, Ostmitteleuropa zwischen 1953 und 1956. Sozialer Hintergrund und politischer Kontext der Entstalinisierungskrise, in: ders. (Hg.), Entstalinisierungskrise in Ostmitteleuropa 1953–56, Paderborn u. a. 2001, S. 21–53.
- 20 Vgl. zum Folgenden die Dokumentensammlung: Julianna Horváth/Zoltán Ripp (Hg.), Ötvenhat októbere és a hatalom. A Magyar Dolgozók Pártja vezető testületeinek dokumentumai 1956. Október 24 – október 28, Budapest 1997.
- 21 Zum Parteiausschluß Nagys und seiner Vorgeschichte im Jahre 1955 siehe: János M. Rainer, Nagy Imre. Politikai életrajz, Bd. II: 1953–1958, Budapest 1999, S. 96–124.
- 22 Rainer, Nagy Imre, Bd. II, S. 240 f.
- 23 Zoltán Ripp, A pártvezetés végnapjai 1956. október 23-31, in: Ötvenhat októbere, S. 167–314, hier S. 170.
- 24 Es existiert keine wortgetreue Überlieferung. Zu der erhaltenen Version in der »Népszava« (Zeitung des Gewerkschaftsbundes) vgl. István Vida (Hg.), 1956 és a politikai pártok. Politikai pár-

- tok az 1956-os forradalomban 1956. október 23 – november 4, Budapest 1998, MDP Dok. 5, S. 44f.
- 25 Rainer, Nagy Imre, Bd. II, S. 244–246.
- 26 Über den Ablauf der Entscheidungsfindung, wie er von Chruschtschow am folgenden Tage den Führern der osteuropäischen Bruderparteien vermittelt wurde, siehe: Jan Svoboda's Notes on the CPSU CC Presidium Meeting with Satellite Leaders, October 24, 1956, in: Csaba Békés/Malcolm Byrne/János M. Rainer (Hg.), *The 1956 Hungarian Revolution. A History in Documents*, Budapest/New York 2002 [i. f.: 1956 HR], Doc. No. 27, S. 224; Mark Kramer, A Szovjetunió válasza az 1956-os eseményekre, in: *1956-os Évkönyv 5* (1996/97), S. 73–92, hier S. 73. Das geforderte Hilfeersuchen wurde schließlich am 28. Oktober durch Andropow übermittelt – es war auf den 24. Oktober rückdatiert und enthielt die Unterschrift von Hegedüs, der gerade nicht mehr Ministerpräsident war: Report from Yuri Andropow Transmitting a Back-Dated Request for Soviet Intervention from András Hegedüs to the CPSU CC Presidium, October 28, 1956, in: 1956 HR, Doc. No. 42, S. 272. Dabei sollte angeführt werden, daß die Truppenbewegungen auf ungarischem Boden schon am 23. Oktober begannen; vgl. dazu: Aleksandr Kyrow/Béla Zselicky, Ungarnkrise 1956. Lagebeurteilung und Vorgehen der sowjetischen Führung und Armee, in: Winfried Heinemann/Norbert Wiggershaus (Hg.), *Das internationale Krisenjahr 1956: Polen, Ungarn, Suez*, München 1999, S. 95–133, hier S. 103f. Für das Abstimmungsverhalten siehe: 1956 HR, Doc. No. 25, S. 217f. Im Sommer hatte Mikojan gegenüber der ungarischen Führung klar zum Ausdruck gebracht, daß er, wie auch andere Mitglieder des ZK, den Parteiausschluß Nagys für einen Fehler hielt. Siehe: 1956 HR, Doc. No. 15, S. 145f.
- 27 Vgl. Ivan T. Berend, *Central and Eastern Europe, 1944–1993. Detour from the Periphery to the Periphery*, Cambridge 1996, S. 110–115.
- 28 Vgl. 1956 HR, Doc. No. 27, S. 224. Zum Rajk-Begräbnis vgl. Daniel F. Calhoun, *Hungary and Suez, 1956*, Lanham/New York/London 1991, S. 211–213; Eric Roman, *The Stalin Years in Hungary*, Lewiston, NY/Queenston, Lampeter 1999, S. 404–406.
- 29 Vgl. 1956 HR, Doc. No. 21, S. 178–182. Andropow, der seit 1954 als sowjetischer Botschafter in Budapest amtierte, hatte sich insbesondere seit dem Sommer 1956 als schonungsloser Kritiker der untätigen ungarischen Genossen in seinen Berichten an Moskau hervorgetan. Allerdings lehnte auch er eine Rückkehr Rákosis in das politische Leben Ungarns entschieden ab. Zu der gesamten Einschätzung siehe: 1956 HR, Doc. No. 19, S. 159–167. Zur gesamten Situation im Sommer 1956 in Ungarn vgl. János M. Rainer, *Aufstand – Zerfall der Partei – Invasion*, in: Hegedüs/Wilke, *Satelliten nach Stalins Tod*, S. 202–211; Roman, *The Stalin Years*, S. 373–389.
- 30 Vgl. Mark Kramer, A Szovjetunió válasza, S. 73f.
- 31 Rainer, Nagy Imre, Bd. II, S. 123, Anm. 26.
- 32 Ötvenhat októbere, Függelék I, S. 125.
- 33 Ripp, Pártvezetés, S. 201f. Insofern kann man das KB kaum als Beweis für den ungeschmäleren Einfluß der Stalinisten anführen, wie dies von Rainer und Barth, *Ungarische Revolution*, S. 245 getan wird. Der Stab ging auf eine Empfehlung des Politbüros an das ZK zurück; vgl. Ripp, *Pártvezetés*, S. 196.
- 34 Ötvenhat októbere, Függelék 4, S. 131; zu den Maßnahmen des »Stabs« und Nagys siehe: Miklós Horváth, *Die Ungarische Volksarmee und die Revolution von 1956*, in: Foitzik, *Entstalinisierungskrise*, S. 113–137, hier S. 123f.
- 35 Jenő Györkei/Miklós Horváth, *Additional Data on the History of the Soviet Military Occupation*, in: dies. (Hg.), *Soviet Military Intervention in Hungary 1956*, Budapest 1999, S. 3–125, hier S. 23–27.
- 36 Ripp, *Pártvezetés*, S. 209.
- 37 Vgl. Mikojan és Szuszlov jelentése az SZKP Központi Bizottságának, Bugapest, 1956. október 25., in: Éva Gál u. a. (Hg.), A »Jelcin-Dosszié«. Szoviet dokumentumok 1956-ról, Budapest 1993, Dok. II.2, S. 50.
- 38 Györkei/Horváth, *Additional*, S. 35f.; Horváth, *Volksarmee*, S. 125.
- 39 1956 HR, Doc. No. 32, S. 235f.; vgl. István Vida, *Die Sowjetunion und die ungarischen Ereignisse im Herbst 1956*, in: Foitzik, *Entstalinisierungskrise*, S. 79–111, hier S. 90f. Noch am Abend des 25. Oktober hatte sich Nagy mit Losonczy, Donáth und József Bognár, den Minister für Außenhandelsbeziehungen, getroffen, um die Zusammensetzung der neuen Regierung zu besprechen; noch vor der PB-Sitzung mußte er mit Kádár, Hegedüs und Geró am folgenden Tage die Liste der Kandidaten abgleichen. Vgl. Ripp, *Pártvezetés*, S. 232.
- 40 Das Direktórium tagte im Anschluß an das ZK und teilte einzelnen Mitgliedern des ZK Aufgaben im Bereich der Koordinierung mit Presse, Budapester Politbüro und den sowjetischen Streit-

- kräften zu; vgl. Az MDP KV Rendkívüli Bizottságának határozatai, 1956. október 26., in: Ötvenhat októbere, Dok. 6, S. 89 f.
- 41 Ötvenhat októbere, Dok. 6, S. 52 f.
- 42 Vgl. Gerő Ernő rádióbeszéde, Budapest, 1956. október 23., in: Pártok, MDP Dok. 6., S. 45–48; Nagy Imre nyilatkozata, in: Pártok, MDP Dok. 14., S. 59; 1956 plakátjai és röplapjai. Október 22. – november 5. Hrsg. v. Izsák, Lajos; Szabó, József; Szabó, Róbert, Budapest 1991, Dok. 32, S. 46; Az MDP Központi Vezetőségének felhívása, 1956. október 24., in: Ötvenhat októbere, Függetlenség 2., S. 126 f.; Kádár Jánosnak, az MDP KV titkárának rádióbeszéde, 1956. október 25., in: Ötvenhat októbere, Függetlenség 5., S. 133 f.; A Minisztertanács közleménye, 1956. október 25., in: Ötvenhat októbere, Függetlenség 6., S. 135; Kádár Jánosnak, az MDP KV első titkárának rádióbeszéde, 1956. október 25., S. 136–138; Nagy Imre miniszterelnök rádióbeszéde, 1956. október 25., in: Ötvenhat októbere, Függetlenség 9., S. 138 f.
- 43 Gyorsírói feljegyzés az MDP Központi Vezetőségének üléséről [II.], 1956. október 26., in: Ötvenhat októbere, Dok. 5., S. 68.
- 44 Vgl. Az MDP KV Politikai Bizottsága ülésének jegyzőkönyve, 1956. október 28., in: Ötvenhat októbere, Dok. 8., S. 100–104.
- 45 Vgl. Working Notes from the CPSU CC Presidium Session, October 28, 1956, in: 1956 HR, Doc. No. 40, S. 262 f.
- 46 Ebd. S. 264.
- 47 Vgl. ebd. m. Anm 150. Siehe dazu auch János M. Rainer, Döntés a Kremben, 1956. Kísérlet a feljegyzések értelmezésére, in: Wjacseslaw Sereďa/János M. Rainer (Hg.), Döntés a Kremben, Budapest 1996, S. 111–154, hier S. 128–130, der die Einsetzung des Komitees nicht als Alternative zu den dann anschließend vorgebrachten Punkten – wie z.B. die Entsendung von Vertretern der Regierung in die Bezirke, Appelle der anderen kommunistischen Staaten an Ungarn und die Ausschaltung des bewaffneten Aufstandes – verstanden wissen will, sondern als Teil eines »Drehbuches«. Das klingt aber eher nach der Vereinfachung komplexer historischer Situationen.
- 48 Rainer, Döntés, S. 294.
- 49 Kormánynyilatkozat. Nagy Imre miniszterelnök rádióbeszéde, 1956. október 28., in: Ötvenhat, Függetlenség 17., S. 153.
- 50 Für die Geschehnisse vom 29. bis zum 31. Oktober 1956 siehe Ripp, Pártvezetés, S. 296–314; Rainer, Nagy Imre, Bd. II, S. 284–309; Kyrow/Zselicky, Ungarnkrise, S. 112–116; Vida, Sowjetunion, S. 95–100.
- 51 Zur »Konsolidierung« der Diktatur unmittelbar nach 1956: Zoltán Ripp, Az MSzMP legitimációja a Kádár-korszak kezdetén, in: Tibor Huszár/János Szabó (Hg.), Restauráció vagy kiigazítás. A kádári represszió intézményesülése 1956–1962, Budapest 1999, S. 43–66.
- 52 Ausführlicher zum »Kult der Zukunft« im ungarischen Staatssozialismus: Árpád v. Klimó, Nation, Konfession, Geschichte. Zur nationalen Geschichtskultur Ungarns im europäischen Kontext (1860–1948), München 2003, S. 391–403.
- 53 Népszabadság, 22. August 1959, Titelblatt, Hervorhebung nicht im Original.
- 54 György Litván/János Bak (Hg.), Die ungarische Revolution 1956. Reform-Aufstand-Vergeltung, Wien 1994, S. 155. Zur Erinnerungskultur von 1956: Heino Nyssönen, The Presence of the Past in Politics. »1956« after 1956 in: Hungary, Jyväskylä 1999; Máté Szabó, Rituale der Vergangenheitsbewältigung. Das Beispiel der Wiederbestattung von Imre Nagy, in: Andreas Přibersky/Berthold Unfried (Hg.), Symbole und Rituale des Politischen. Ost- und Westeuropa im Vergleich, Frankfurt a. M. u. a. 1999, S. 137–157; eine brillante Analyse der Zeremonie bietet: István Rév, Parallel Autopsies, in: Representations 49 (Winter 1995), S. 15–39.
- 55 Berend, Economic Reforms, S. 111–193; Tibor Huszár, Kádár János politikai életrajza, 1957. november – 1989. június, Bd. II, Budapest 2003, S. 199–207; Rudolf L. Tőkés, Hungary's Negotiated Revolution. Economic Reform, Social Change and Political Succession, 1957–1990, Cambridge 1996, S. 44–48; 91–102.
- 56 R. G. Pihaja, Csehszlovákia 1968. Moszkvai nézőpontból, az SZKP KB dokumentumai alapján, in: Múltunk 43,1 (1998), 3–41, hier S. 11 f.; Jan Pauer, Prag 1968. Der Einmarsch des Warschauer Paktes. Hintergründe – Planung – Durchführung, Bremen 1995, S. 36 f.
- 57 Pauer, Prag 1968, S. 38–42; István Vida, A magyar pártvezetés és a csehszlovák válság, 1968. január-október, in: História 15/ 9-10 (1993), S. 39; Rezső Nyers, Feljegyzések 1968-ból a csehszlovákiai intervencióról, in: História 15/ 9-10 (1993), S. 39 f.
- 58 Pihaja, Csehszlovákia 1968, S. 15–20; Nyers, Feljegyzések, S. 40–42.
- 59 Vida, Pártvezetés, S. 41 f.; Huszár, Kádár, Bd. II, Budapest 2003, S. 211 f.; Pihaja, Csehszlovákia 1968, S. 22 f.

- 60 Pauer, Prag 1968, S. 113–124; Vida, Pártvezetés, S. 42–45; Nyers, Feljegyzések, S. 44–46; Huszár, Kádár, Bd. II, S. 215–217.
- 61 Huszár, Kádár, Bd. II, S. 214; Pihója, Csehszlovákia 1968, S. 23 f.
- 62 Huszár, Kádár, Bd. II, S. 217 f.; Vida, Pártvezetés, S. 48.
- 63 Für die genauen Anweisungen bis hin zu der Behandlung der zu dem Zeitpunkt in Ungarn befindlichen Touristen siehe: Erzsébet Kajári, A magyar belügy és a csehszlovákiai bevonulás 1968-ban, in: Társadalmi Szemle 53/8-9 (1998), S. 204–221.
- 64 Nyers, Feljegyzések, S. 48 f.; Vida, Pártvezetés, 49; Kajári, Belügy, S. 216–220.